

Beschlussbuch

Landesdelegiertenkonferenz
SPDqueer Berlin

Sonnabend, 3. März 2018, Beginn: 10.00 Uhr

IG Metall Haus, Alte Jakobstr. 149 in 10969 Berlin im A.-Brandes-Saal

Inhaltsverzeichnis:

Resolution:	Regenbogenstadt Berlin nur mit Haus für frauenliebende Frauen komplett für ein queeres Berlin	3
A 1/2018:	Bundesausschuss der SPDqueer zu einem Konvent der SPDqueer umbauen	4
A 2/2018:	Queere Strategie gegen rechts	5
A 3/2018:	Missionieren in öffentlichen Bahnhöfen unterbinden!	6
A4/2018:	Unsere Vision für Berlin – ein gemeinsamer Antrag aller Arbeitsgemeinschaften, Foren, Fachausschüsse und Arbeitskreise der SPD Berlin	7
A5/2018:	Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP) in Deutschland	8

Resolution:

Regenbogenhauptstadt Berlin nur mit Haus für frauenliebende Frauen komplett!

Wir als AG SPDqueer Berlin unterstützen ausdrücklich das Projekt von RuT - Rad und Tat Berlin gGmbH und fordern den Senat von Berlin auf sich um eine aktive, zeitnahe Lösung für eine Umsetzung des Projektes einzusetzen.

Schon im Koalitionsvertrag für Berlin 2016 – 2021 wird eine erhöhte Sichtbarkeit von lesbischen Projekten festgeschrieben:

Die Koalition wird Projekte fördern, die Wohnhäuser, Wohngruppen und Wohngemeinschaften für LSBTTIQ* schaffen. Hier sind Frauenwohnprojekte und Mehrgenerationenhäuser von besonderer Wichtigkeit. Die Koalition wird dafür sorgen, dass lesbische Projekte nicht im Hintergrund bleiben und lesbische Sichtbarkeit erhöhen.

Informationen zum Wohnprojekt von RuT:

Menschen mit Mehrfachdiskriminierung – dazu gehören gleichgeschlechtlich lebende Frauen generell, insbesondere frauenliebende Frauen im Alter und Lesben mit Behinderung – sind in hohem Maße von Isolation und Diskriminierung betroffen. Die Diskriminierung dieser Frauen besteht unter anderem darin, dass ihre Lebensweise verschwiegen wird und sie nicht als Zielgruppe mit eigenen Bedürfnissen benannt oder wahrgenommen werden. Sie haben mit zusätzlich erschwerten Bedingungen auf dem Weg in ein erfülltes Alter zu kämpfen.

In den Diskussionen um Seniorenarbeit ebenso wie in den bestehenden Einrichtungen für Senior*innen wird in der Regel nicht auf lesbische Frauen eingegangen. Gleiches gilt für die Behindertenhilfe. Lesbische Frauen bleiben als Gruppe unsichtbar, unbemerkt, übersehen. Im Unterschied zu schwulen Männern haben lesbische Frauen fast keine Lobby, fast keine öffentlichen Fürsprecher*innen – und lesbische Frauen im Alter oder Frauen mit Behinderung erst recht nicht. Hier kommt die strukturelle Benachteiligung von Frauen zusätzlich zum Tragen.

Selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Zusammenleben, Teilhabe und ein erfülltes Leben sollen für Lesben im Alter in einem übergreifenden Zentrum möglich sein, das Wohnen, Pflege, Beratung, gesundheitspräventive Angebote und kulturelle Veranstaltungen verbindet.

Idee des Projektes von RuT - Rad und Tat Berlin gGmbH ist es, einen inklusiven Ort zu schaffen, an dem frauenliebende Frauen in einer solidarischen Frauen-/Lesbengemeinschaft wohnen und leben können und bis zu ihrem Lebensende selbstbestimmt und so selbstständig wie möglich bleiben können. Für diese Zielgruppe gibt es kein vergleichbares Angebot. Der wachsenden Zahl lesbischer Frauen, die in die Jahre kommen, steht kaum ein auf ihre Interessen und Bedürfnisse ausgerichtetes Angebot gegenüber. Dieses Projekt will einen Beitrag dazu leisten, diese Versorgungslücke zu schließen. Rund 200 Interessentinnen haben sich eingetragen bei RuT, es kommen permanent weitere Anfragen.

A 1/2018 Bundesausschuss der SPDqueer zu einem Konvent der SPDqueer umbauen

Die Landesdelegiertenkonferenz der SPDqueer Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der SPDqueer wolle beschließen:

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Bundesausschuss der SPDqueer sich in einen Konvent der SPDqueer (analog zum SPD Konvent, mit allen Rechten und Pflichten) weiterentwickelt. Der Delegiertenschlüssel soll angepasst werden und sich zukünftig zur Hälfte nach der Anzahl aller Mitglieder der SPD in den einzelnen Bezirks- und Landesverbänden und zur Hälfte nach der Anzahl der Mitglieder der SPDqueer in den einzelnen Bezirks- und Landesverbänden richten. Der Bundesvorstand wird aufgefordert dem Bundeskongress im Jahr 2020 die Ergebnisse hin zu einer Umwandlung zu einem SPDqueer Konvent vorzulegen.

Begründung:

Der Bundesausschuss ist ein beratendes Gremium der SPDqueer. Während der Bundesausschusssitzungen werden keine Beschlüsse gefasst, sondern nur Empfehlungen ausgesprochen. Um den Bundesausschuss zu einem Gremium zu machen, der zum einen die Arbeit des Bundesvorstandes zwischen den Bundeskongressen kontrolliert und dem Bundesvorstand neue Impulse für seine Arbeit gibt, muss sich der Bundesausschuss zu einem SPDqueer Konvent (analog zum SPD-Parteikonvent) wandeln.

A2/2018 Queere Strategie gegen rechts

Die Landesdelegiertenkonferenz der SPDqueer Berlin hat beschlossen:

Der Bundesausschuss der SPDqueer möge den Beschluss zur Ktn. nehmen:

Der Bundeskongress der SPDqueer wolle beschließen:

Es gibt einen Rechtsruck in der Gesellschaft. Tabubrüche sind normal geworden. Homophobie ist spürbar. Nazis sind wieder in deutschen Parlamenten. Der Rechtsruck macht auch nicht vor der queeren Community halt. Die SPDqueer muss dazu Antworten finden. Deshalb fordern wir den Bundesverband auf gemeinsam mit den Landes- und Bezirksverbänden Strategien gegen rechts zu erarbeiten. Auf bereits vorliegende Ergebnisse der Landes- und Bezirksverbände ist zurückzugreifen.

Begründung:

Der Rechtsruck bzw. „roll back“ der Gesellschaft ist in den letzten Jahren spürbarer geworden. Verbale und körperliche Gewalt gegen queere Menschen wie auch Ängste gegen alles Fremde zeigen immer mehr Wirkung. Die Populist*innen der AfD nutzen diese Mischung für ihre politische Arbeit und finden auch in der queeren Community Anhänger*innen und Wähler*innen. Es ist schwer gegen diese Mischung aus Angst, Vorurteilen und falschen Behauptungen anzugehen. Als Sozialdemokraten*innen haben wir die Verpflichtung Antworten zu geben, damit die Argumente der AfD und der anderen rechten Parteien sich nicht weiter in der Gesellschaft und in der queeren Community verfestigen. Eine gemeinsame Strategie gegen rechts ist deshalb für uns von besonderer Wichtigkeit.

A3/2018 Missionieren in öffentlichen Bahnhöfen unterbinden!

Die Landesdelegiertenkonferenz der SPDqueer Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin wolle beschließen:

Der Bundeskongress der SPDqueer wolle beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD wolle beschließen:

Die SPD-Bundesminister*innen, die SPD-Bundestagsabgeordneten, die SPD-Landesminister*innen und die SPD-Abgeordneten in den Landtagen werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass es unterbunden wird, dass religiöse Gruppen in öffentlichen Bahnhöfen für ihren Glauben und für neue Mitglieder werben. Staatliche Gebäude sind wertneutral und dienen nicht der Verbreitung von religiösen Ansichten und der Werbung für neue Mitglieder der jeweiligen Glaubensgemeinschaften bzw. religiösen Sekten.

Begründung:

Verstärkt werben die Zeugen Jehovas für ihre Religion innerhalb der Bahnhofsgebäude der DB und der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe in Deutschland. Es wird zur Begründung der Tolerierung von Infoständen von Religionsgemeinschaften auf die Religionsfreiheit in Deutschland verwiesen. Im Falle der Zeugen Jehovas wirbt im öffentlichen Raum eine Religionsgemeinschaft für ihren Glauben, die in ihren eigenen Reihen keine sexuell aktiven Schwulen und Lesben akzeptiert und sie wegen ihrer sexuellen Orientierung aus ihrer Gemeinschaft „rauswirft“. In öffentlichen Bahnhöfen, die in staatlichen Besitz sind, darf nicht missioniert werden. Der Staat muss hier ein generelles Missionsverbot aussprechen, da sonst die Tolerierung auch für alle anderen Religionsgemeinschaften bzw. religiösen Sekten anzuwenden ist.

A 4/2018 Unsere Vision für Berlin – ein gemeinsamer Antrag aller Arbeitsgemeinschaften, Foren, Fachausschüsse und Arbeitskreise der SPD Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der SPD Berlin hat beschlossen:

Der Landesvorstand wird beauftragt einen Arbeitskreis „Unsere Vision für Berlin“ mit allen Arbeitsgemeinschaften, Foren, Arbeitskreise und Fachausschüssen der SPD Berlin anzuregen. Ziel des Arbeitskreises ist es einen gemeinsamen Antrag zu einer neuen Vision für Berlin zu erstellen. Der gemeinsame entworfene Antrag soll auf dem Landesparteitag Ende 2018 oder Anfang 2019 eingebracht werden. Der Landesvorstand berichtet auf der ersten Landesdelegiertenkonferenz 2019 über die Ergebnisse des Arbeitskreises.

Begründung:

Wir brauchen neue Visionen für Berlin, damit wir die Fragen der Berliner*innen auch nach 2021 beantworten können. In den Arbeitsgemeinschaften, Foren, Fachausschüssen und Arbeitskreisen der SPD Berlin werden wir sie finden. Gemeinsam müssen wir uns noch mehr in die inhaltliche Arbeit der SPD Berlin einbringen. Ein gemeinsamer Antrag aller wird zu einer Bündelung des Wissens führen. Durch den inhaltlichen Austausch untereinander werden aber auch die einzelnen Akteure*innen sensibilisiert für die Arbeit der anderen. Neue Ansätze können die Arbeit der Beteiligten bereichern.

A5/2018 Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP) in Deutschland

Die Landesdelegiertenkonferenz der SPDqueer Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der SPDqueer wolle beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD wolle beschließen:

Die Präventionsarbeit in Deutschland ist vorbildlich. Neue Ansätze, die den Präventionsbaukasten erweitern, gilt es deshalb zu nutzen. Die medikamentöse Prophylaxe vor einer HIV-Ansteckung, Präexpositionsprophylaxe (PrEP) genannt, ist ein solcher erfolgreiche Ansatz. Hier ist noch einiges zu tun. Hier müssen Kräfte in Deutschland gebündelt werden.

Deshalb werden die SPD-Bundesminister und die SPD-Bundestagsabgeordneten aufgefordert, folgende Forderungen umzusetzen:

1. Die Kosten einer PrEP müssen zumindest für die Risikogruppen, analog zu den Leitlinien von UNAIDS und der WHO (bspw. Männer, die häufig wechselnde männliche Sexualpartner haben), in Deutschland übernommen werden.
2. Die Akteure des Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) werden aufgefordert, die Aufnahme der PrEP in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen zu prüfen. Sofern notwendig, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechende gesetzliche Anpassungen in den Bundestag einzubringen und ihren Beschluss zu fordern.
3. Die PrEP muss langfristig einkommensunabhängig für jede*n zugänglich sein.
4. Die Hersteller von PrEP-Medikamenten fordern wir auf, die Preise den Herstellungskosten anzugleichen, die nur einen Bruchteil des aktuellen Verkaufspreises betragen.
5. Die PrEP muss in das bestehende Präventionskonzept unter Einbeziehung der Ärzteschaft, der öffentlichen Gesundheitsfürsorge sowie der freien Träger eingebettet werden. Dies beinhaltet bspw. eine ausführliche Beratung und begleitende Testangebote für weitere sexuell übertragbare Krankheiten. Die guten Behandlungsmöglichkeiten im Falle eines positiven Testergebnisses bzw. das Angebot einer PrEP bei einem negativen Test können dabei als Anreiz dienen, sich regelmäßig auf alle sexuell übertragbaren Krankheiten kontrollieren zu lassen. Hierzu müssen die finanziellen Mittel in Deutschland sichergestellt und dem Bedarf regelmäßig angepasst werden.

6. Wir werden gegen noch bestehende Diskriminierung und Stigmatisierung von HIV-positiven Menschen konsequent vorgehen. Die Entscheidungsträger*innen der SPD – auf allen Ebenen - werden darauf hinwirken, dass ein aktuelles Bild von Menschen mit HIV vermittelt wird. Wir fordern dazu eine Aufklärungskampagne. Diesbezügliche Projekte werden bedarfsgerecht ausgestattet.
7. Pilotprojekte zur PrEP mit niedrigschwelligen Testangeboten und einem freien Zugang zu den Medikamenten werden eingerichtet und finanziell gefördert.

Begründung:

AIDS geht jeden Menschen an. Vorbeugen statt Behandeln war schon immer die oberste Priorität für die SPD und SPDqueer.

Die medikamentöse Prophylaxe vor einer HIV Ansteckung, allgemein PrEP (Präexpositionsprophylaxe) genannt, ist seit 2012 in den USA erhältlich. Seitdem sinken die Zahlen der diagnostizierten Neuinfektionen in den USA kontinuierlich. In England ist sie seit 2015 verfügbar und die HIV-Neuinfektionen sind im Jahre 2016 um 40% gesunken. Die PrEP ist seit Oktober 2016 auch in Deutschland zugelassen. Allerdings müssen die aktuellen Kosten von etwa 10.000€ pro Jahr (bei täglicher Einnahme) privat bezahlt werden. Dies ist nicht sozial verträglich.

Die oben genannten Forderungen werden dabei helfen, die Ziele, die sich auch Deutschland gesteckt hat, zu verwirklichen. Ohne die Realisierung der Forderungen wird es Deutschland nicht gelingen, die AIDS-Epidemie zu beenden.